

Weniger ist mehr – die EU in der Sackgasse eines zentralistischen Integrationsverständnisses

I. Einleitung

Europäische Institutionen und viele Europapolitiker verweisen regelmäßig darauf, dass die europäische Integration „unumkehrbar“ sei. Im Falle der Diskussion um den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone konnten sich die Verfechter dieser These sogar explizit auf den EU-Vertrag stützen. Er geht davon aus, dass – obwohl das Vereinigte Königreich und Dänemark sich dieser Perspektive entzogen haben und Schweden ihr auf trickreiche Weise fernbleibt - letztlich alle EU-Staaten verpflichtet sind, den Euro als Währung einzuführen.¹ Entsprechend ist in den Verträgen ein Austritt aus der Währungsunion nicht explizit vorgesehen und muss mit Rechtsmaterien außerhalb des EU-Vertrags begründet werden.²

Am Beispiel Griechenlands wird darüber hinaus ein weiterer, zentraler Faktor der dominierenden Integrationsstrategie deutlich. Die massiven finanziellen Transferleistungen an Griechenland, um das Land im Euro zu halten, bilden die argumentative Basis für weitere Integrations-/Zentralisierungsschritte. Dies gilt auch für andere Bereiche. So wird z. B. ein „europäisches Sozialsystem“ gefordert, weil innerhalb der EU Freizügigkeit herrsche. Vor allem aber erheischt das unspezifische Ziel der „Konvergenz“ der Mitgliedsstaaten eine immer zentralere Rolle der Brüsseler Institutionen, die finanzielle Mittel bereitstellen wollen, um eine wirtschaftliche Konvergenz aller Mitgliedsstaaten im Währungsverbund zu erreichen. Die damit verknüpfte Zentralisierung ist allerdings kein politisch gewollter, von den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten mitgetragener Prozess, vielmehr wird er vielfach über behauptete bzw. selbst geschaffene Sachzwänge gesteuert.

Dies ist Ausdruck einer Integrationsphilosophie, die von den Mitgliedsstaaten verlangt „dass sie sich zu dem unspezifizierten Generalzweck der „Europäischen Einigung“ und auf der Grundlage dieses diffusen „Commitments“ bereit erklären, nicht nur den bestehenden „acquis communautaire“ anzuerkennen, sondern auch zukünftige inhaltlich beliebige Zielsetzungen, normative Regulierungen und Aktivitäten der „Gemeinschaft“ solidarisch mitzutragen.“³ Integration wird mit einer steigenden Zahl von „zentralstaatlichen Regelungen“ gleichgesetzt und nicht primär mit spezifischen Zielen, wie Wohlstand, Frieden, Freiheit, etc. untergeordnet - sie ist zum Selbstzweck geworden.⁴

Diese Gleichsetzung von Integration und Zentralisierung verkennt jedoch die sozialen, politischen und ökonomischen Differenzierungen der Mitgliedsstaaten⁵, die sich gerade unter dem Einfluss des Euro nicht vermindert, sondern im Gegenteil - trotz aller Anstrengungen – deutlich vergrößert haben.

¹ Artikel 3 des Lissaboner Vertrages lautet: „Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.“ In Artikel 140 Absatz 3, wird die Festsetzung des Wechselkurses von der bisherigen Landeswährung zum Euro „unwiderruflich“ festgelegt.

² Es wird auf das „Wiener Abkommen über das Recht der Verträge“ verwiesen, in dem es in Artikel 60 heißt: „Eine erhebliche Verletzung eines zweiseitigen Vertrags durch eine Vertragspartei berechtigt die andere Vertragspartei, die Vertragsverletzung als Grund für die Beendigung des Vertrags oder für seine gänzliche oder teilweise Suspendierung geltend zu machen.“ Allerdings wurde in den Lissaboner Vertrag eine generelle Ausstiegsklausel aus der EU eingefügt (Artikel 50).

³ Geser, H. (2000): Zuviel Gemeinschaft in der Gesellschaft. Europa in der Zwangsjacke kommunitaristischer Integration, Universität Zürich, Soziologisches Institut, World Society and International Relations, Zürich, S. 4.

⁴ Im 5-Präsidenten-Papier wird zwar betont, dass die Vollendung der WWU kein Selbstzweck sei (S. 2), alle Daten zu den negativen Folgen der Währungsunion werden jedoch unterschlagen (siehe Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden. Vorgelegt von Jean-Claude Juncker in enger Zusammenarbeit mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz (ec.europa.eu/priorities/economic-monetary.../5-presidents-report_de.pdf).

⁵ Scharpf spricht in diesem Zusammenhang im Unterschied zu Habermas von „legitimer Diversität“ zwischen den EU-Staaten; vgl. Scharpf, F.W. (2015): Deliberative Demokratie in der europäischen Mehrebenenpolitik – eine zweite Replik, in: Leviathan, 43. Jg., 2/2015, S. 157.

Dieser Integrationsansatz hat somit die Integration nicht gestärkt, im Gegenteil, es lässt sich feststellen, dass er kontraproduktive ökonomische und politische Wirkungen hat. Ein entscheidender Grund neben der interessengesteuerten Politik der EU-Eliten ist eine fragwürdige ökonomische Theorie, die nicht nur wichtige, mit der Union verbundene Zielvorstellungen, sondern auch den politischen Zusammenhalt Europas gefährdet.⁶

Mit den folgenden Ausführungen sollen deshalb zunächst die ökonomisch-konzeptionellen Probleme dieser Integrationsphilosophie skizziert werden, woraus sich ein alternativer Ansatz ableitet, der besser als der dominante geeignet ist, den Zielen der europäischen Integration zu entsprechen. Anhand der griechischen Euro-Krise als besonders schlagendem Beispiel soll danach gezeigt werden, welche negativen Folgen das Missverständnis von Integration als Zentralisierung sowohl in ökonomischer, als auch politischer Hinsicht hat, bevor einige Schlussfolgerungen aus diesem Ansatz gezogen werden. Auf eine einfache Formel gebracht: Weniger ist mehr.

II. Der Irrweg der Vereinheitlichung und Zentralisierung

1. Von europäischer Einigung zu zentralistischer Vereinheitlichung

Die europäische Einigung bildet keinen Selbstzweck, sondern dient als Mittel für das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens der Völker in Freiheit und Wohlstand. Dabei schwebte den Initiatoren dieses Einigungsprozesses ein Europa vor, in dem die Vielfalt der nationalen Besonderheiten gewahrt bleiben sollte. Vor diesem Hintergrund steht Integration für Vergemeinschaftung der ökonomischen Möglichkeiten auf dem Wege einer intensiven wirtschaftlichen Verflechtung (Handel, Kapital, Rohstoffe, Personen). Entsprechend vermögen Integrationsmaßnahmen ihre Rechtfertigung nur aus ihrem Beitrag zum Erreichen dieser Ziele zu beziehen. Diese Messlatte ist an alle Integrationssschritte anzulegen. Seit den 80er Jahre steht das Zusammenwachsen hingegen immer mehr unter dem Banner der Vereinheitlichung, sprich Zentralisierung.⁷ Die Gleichsetzung von Einigung und Vereinheitlichung bewirkt, dass nicht nur regionale Besonderheiten von den Integrationsverfechtern als Störfaktoren bzw. als markt- und wettbewerbsschädigend erachtet werden, die es auszuschalten gilt, sondern Brüssel immer mehr Entscheidungskompetenzen an sich zieht.

Wichtig ist festzuhalten, dass aus ökonomischer Sicht ein großer Wirtschaftsraum weder einen einheitlichen Ordnungsrahmen,⁸ noch eine Einheitswährung benötigt. Freier Außenhandel steigert die Wohlfahrt aller beteiligten Nationen auch ohne entsprechende Angleichungen. Im Gegenteil, Außenhandel lohnt sich gerade dann, wenn regional unterschiedliche Präferenzen zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen und damit Kostenstrukturen geführt haben. Grenzüberschreitender Handel ermöglicht demnach eine regionale Spezialisierung und Eigenheiten ohne gleichzeitigen Verzicht auf eine gute Versorgung. Gleichfalls kann eine Währungsunion bestens ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik oder auch ohne Finanztransfers bestehen. Voraussetzung ist allerdings, dass glaubhaft jeder Schuldner für seine Schulden geradesteht (Bail-out-Verbot). Es gibt

⁶ Die kritischen Stimmen zum Stand und zur Entwicklung der Europäischen Union haben sich in jüngster Zeit deutlich verstärkt. Während jedoch die einen ein rasches Voranschreiten der Integration/Zentralisierung gerade im Währungsbereich in Form einer Wirtschaftsregierung fordern wie z. B. die Autoren der Ausgabe 11/2015 der Frankfurter Hefte, deren Titel lautet: „Zerfällt Europa?“, fordern andere, dass der Zentralisierungsprozess gestoppt wird und z. B. die Konzentration auf einen Staatenverbund als Orientierung vorschlagen; so Haucap, J., Kooths, S., Mayer, T., und Schäffler, F.: Plädoyer für ein konföderales Europa, in: Die Zeit, 6.11.2015.

⁷ Wichtige Weichenstellungen zu dieser Entwicklung lieferten die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus den 60er Jahren, die - aus freien Stücken, d.h. ohne vertragliche Basis - europäische Verträge für direkt anwendbar und über nationalem Recht stehend erklärten. Als weiterer „Meilenstein“ wirkte auch die Einheitliche Europäische Akte von 1986, die auf Ratsebene Mehrheitsentscheidungen ermöglichte; vgl. Grimm, D. (2014): Die Stärke der EU liegt in einer klugen Begrenzung, FAZ vom 11.8.2014.

⁸ Wie z. B. länderübergreifende Normen zum Wettbewerbs-/Kartellrecht, Arbeitsmarkt, Ausschreibungsrecht, Produktzulassung und -standards.

folglich keine stichhaltige und zwingende ökonomische Begründung für die aktuell betriebenen umfassenden Zentralisierungs- bzw. Vereinheitlichungsbestrebungen.⁹

Die in ihrer Wirkung fatale Integrationspolitik erklärt sich einerseits aus den Machtinteressen der EU-Bürokratie und der damit verbundenen politischen Eliten,¹⁰ andererseits zu einem guten Teil aber auch aus einem Defizit der herrschenden ökonomischen Theorie, deren Verständnis von Wettbewerb letztlich auf der Analyse von Märkten mit homogenen Gütern und Rahmenbedingungen basiert.¹¹ Nur unter diesen Bedingungen lassen sich die Optimalitätsergebnisse freier Märkte mathematisch herleiten. Zeigt die Realität (auffallende) Abweichungen davon,¹² wird unmittelbar auf Marktversagen bzw. Wettbewerbsverzerrung geschlossen. In der EU sollen einheitliche Marktbedingungen und eine einheitliche Währung fairen wie perfekten Wettbewerb über die Landesgrenzen hinweg ermöglichen. Diese Sicht der Dinge eröffnet eine breite Schiene zur Rechtfertigung von Zentralisierungs- und Vereinheitlichungsaktivitäten für die Brüsseler Bürokratie. Tatsächlich gibt es aber nirgends Märkte mit homogenen Gütern, weil Wettbewerb sich gerade im Bemühen um Produktdifferenzierung und Abhebung von Konkurrenten konkretisiert. Folglich sind alle Märkte bis zu einem gewissen Grade monopolistisch. Darüber, welcher Monopolisierungsgrad auf einem spezifischen Markt als „richtig“ bzw. wünschenswert zu erachten ist, lässt sich keine wissenschaftlich fundierte Aussage treffen. Aber ohne eine solche lassen sich selbstredend auch keine optimalen Zustände als Zielvorgaben der Wirtschaftspolitik definieren.¹³ Entsprechenden Bemühungen um Steuerung der Märkte in Richtung aus Sicht der Brüsseler Planer optimaler Zustände geht eine tragfähige Begründung ab.

Vor diesem Hintergrund weist das Bemühen der EU-Kommission um einheitliche Marktverhältnisse deutliche Parallelen zu vielen gescheiterter Fusionen von Unternehmen¹⁴ oder dem Versagen planwirtschaftlicher Systeme auf. Es lassen sich am grünen Tisch leicht Argumente für

⁹ Der Harmonisierungsseifer der EU-Bürokratie macht längst nicht halt bei den leidlich bekannten Kuriosa wie etwa der – mittlerweile als Ausdruck des Übereifers wieder abgeschafften - Gurkenkrümmungsverordnung. Viel schädlicher – weil langfristig die marktwirtschaftliche Ordnung aushöhlend - sind ihre Eingriffe und Harmonisierungsaktivitäten, die sich unter dem Stichwort der „Konvergenz“ zusammenfassen lassen. Eine von diesem Leitbild getriebene Politik wünscht z.B. im gesamten Euroraum einheitliche Zinssätze für die jeweiligen Bankprodukte oder sie strebt nach einheitlicher Wirtschaftsstruktur (wie z. B. die aktuelle Forderung der Kommission, in allen EU-Ländern den Anteil der Industrie auf mindestens 20% des BIP anzuheben). Auf ähnlich schiefer Bahn befindet sich das aktuelle Grünbuch zu den EU-Finanzmärkten mit der These, es gäbe in Europa zu viele Banken (Begründung: vielen Instituten mangle es an einem tragfähigen Geschäftsmodell und die Unternehmensfinanzierung Europas sei zu bankenlastig). Doch woher wissen die Eurokraten und ihre Berater all diese Dinge bloß so genau? Die Erfahrung lehrt, dass die reale Wirtschaft gerne eigene Wege geht zur Überraschung mancher Experten am Schreibtisch. Von marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen hat man sich damit jedenfalls zugunsten planwirtschaftlicher Ideale weit entfernt; vgl. SZ vom 17.8.2015: Fusioniert die Banken; EU-Kommission, Grünbuch: Schaffung einer Kapitalmarktunion, COM(2015) 63 final, 18.2.2015; Europäische Kommission, Pressemeldung vom 22.1.2014: Kommission ruft zu sofortigem Handeln für ein Wiedererstarben der europäischen Industrie auf.

¹⁰ Max Haller weist mit Recht darauf hin (in: *European Integration as an Elite Process. The Failure of a Dream*, New York 2008, S. 160 f.), dass das Argument, die Brüsseler Institutionen seien im Vergleich zu staatlichen und sogar städtischen Bürokratien äußerst klein sind, irreführend ist, da zehntausende Personen für die EU auf nationaler Ebene, den Regionen oder den Städten und Gemeinden letztlich für die EU arbeiteten.

¹¹ Weitere ebenso zentrale wie realitätsferne Prämissen lauten vollkommene Information aller Beteiligten die sich gleichzeitig als reine Mengenanpasser verhalten, d. h. Preise als gegeben – also nicht als Entscheidungsparameter im Wettbewerb – erachten, Abwesenheit externer Effekte und von Marktmacht.

¹² Z. B. Preisdifferenzierung, hohe Gewinne, geringe Zahl von Anbietern.

¹³ Es führte an dieser Stelle zu weit, die Schwächen des herrschenden Wettbewerbsverständnisses im Einzelnen darzustellen. Gute Abhandlungen darüber und alternative Sichtweisen finden sich insbesondere bei Vertretern der Österreichischen Schule der Nationalökonomie; vgl. Kirzner, I. (1997), *Entrepreneurial Discovery and the Competitive Market Process: An Austrian Approach*, in: *Journal of Economic Literature*, 1/97; Reisman, G. (2005), *Platonic Competition*, in: *Mises Daily* vom 20.12.2005, Mises Institute; Rothbard, M.N. (2004), *Man, Economy, and State*, Kap. 10, Auburn.

¹⁴ In den Medien werden immer wieder Studien zitiert, die Prozentsätze in der Größenordnung von 70% nennen.

Vereinheitlichung zusammenrechnen: Vollkommenerer Wettbewerb auf größeren Märkten, Synergien durch Zusammenschluss, Ressourceneffizienz durch Vermeidung von Doppelungen. Doch dieser zentralplanerisch-technokratischen Sicht auf ökonomische Fragestellungen entgehen zwangsläufig die auf Detailwissen über lokale Gegebenheiten basierenden Einflussfaktoren für ökonomisches Gelingen. Die Vernachlässigung dieser Faktoren analysierte F.A. von Hayek als grundlegende Schwäche planwirtschaftlicher Systeme. Sie äußert sich in mangelnder Berücksichtigung der jeweiligen lokalen bzw. regionalen Besonderheiten, des Wissens um Bedürfnisse, Präferenzen und institutionelle Interdependenzen vor Ort.¹⁵ Die Blindheit auch der herrschenden ökonomischen Theorie im Umgang mit Themen dieser Art lässt sich kaum schlagkräftiger belegen als durch die Tatsache, dass Paul Samuelson als einer ihrer führenden Vertreter noch Ende der 80er Jahre vom Erfolg zentralplanerischer Systeme Osteuropas sprach.¹⁶

2. Das Beispiel der Währungsunion

Diese Generallinie der Vereinheitlichung bestimmt auch die aktuelle Politik hinsichtlich der Währungsunion. Es wird davon ausgegangen, dass ein einheitlicher Währungsraum nur bei koordinierter, am besten zentral gesteuerter Wirtschafts- und Finanzpolitik Bestand haben kann. Die beteiligten Länder sollen sich im wirtschaftspolitischen Gleichschritt bewegen. Regionale Entwicklungsunterschiede sind durch Transfers in direkter Form und/oder auch verdeckt als z. B. europäische Arbeitslosenversicherung oder europäische Einlagensicherungsfonds auszugleichen.

Auch diese Sicht entbehrt einer überzeugenden ökonomischen Grundlage, wie bereits der Blick auf nationale Währungsräume belegt. Dort funktioniert die Geldnutzung völlig reibungslos, obwohl die einzelnen Akteure gänzlich unkoordiniert Entscheidungen treffen und erhebliche Unterschiede hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Stärke bestehen. Diese Unterschiede spiegeln sich einfach in unterschiedlichen Finanzierungsbedingungen wider. Keiner käme etwa auf die Idee, alle wirtschaftlichen Akteure eines Landes hätten Anspruch auf gleiche Kreditkonditionen oder seien zu einer einheitlichen Spar- oder Wachstumspolitik aufzufordern oder gar zu zwingen, weil andernfalls das Geldwesen nicht funktionieren könne. Warum sollte für Staaten in einer Währungsunion anderes gelten? Aus währungstheoretischer Sicht handelt es sich um Akteure wie andere auch. Nicht zuletzt werden Währungen auch außerhalb der jeweils heimatlichen Landesgrenzen genutzt wie z. B. die DM bzw. der Euro auf dem Balkan oder der US-Dollar in Lateinamerika, was offensichtlich ohne die geringste wirtschaftspolitische Koordination der Betroffenen oder ohne einen irgendwie gearteten Transferbedarf problemlos funktioniert. Diese Beobachtungen vermögen eigentlich auch nicht zu überraschen, denn beim Geld handelt es sich letztlich nur um ein Mittel zur Vereinfachung von Tauschtransaktionen.¹⁷ So wenig wie der Tausch selbst setzt das Funktionieren eines Tauschmittels eine Harmonisierung bzw. Gleichschaltung der beteiligten Akteure voraus.¹⁸

Aus diesen Gründen befassen sich auch alle Überlegungen hinsichtlich eines optimalen Währungsraumes letztlich mit einem Scheinproblem, allerdings einem von erheblicher wirtschaftspolitischer Bedeutung, weil auch diese Theorie dem Drang nach zentralistischer Markteingriffe Argumentationsstoff liefert. In einem einheitlichen Währungsraum gelten einheitliche Zentralbankzinssätze. Regionale Unterschiede der wirtschaftlichen Lage erfordern, der Theorie

¹⁵ Siehe Hayek, F.A. (1975), Die Anmaßung von Wissen, in: Ordo, Bd. 26.

¹⁶ "The Soviet economy is proof that ... a socialist command economy can function and even thrive." in: Paul Samuelson and William Nordhaus (1989), Economics, 13th ed. , McGraw Hill, S. 837; diese Einschätzung ist innerhalb seiner Theoriewelt konsequent, doch fern jeder Realität.

¹⁷ Alle ihm darüber hinaus zugesprochenen Funktionen wie Recheneinheit oder Wertaufbewahrung leiten sich daraus ab und besitzen keine Eigenständigkeit.

¹⁸ Unabdingbare Voraussetzung für das langfristige Überleben einer Währung d. h. ihrer Akzeptanz als Tauschmittel, sind weder Transfers noch zentralistische Wirtschaftssteuerung. Entscheidend ist vielmehr, dass die Währung nicht inflationär entwertet wird, indem Geld in Umlauf gebracht wird, dem keine zuvor erbrachte Leistung entspricht. Eine Finanzierung staatlicher Ausgaben durch Zentralbankgeld, wie derzeit durch die EZB in großem Stil betrieben, bildet die eigentliche Sorge um den dauerhaften Bestand des Euro. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob die Staatstitel auf Primär- oder Sekundärmärkten erworben werden.

folgend, unterschiedliche Zentralbankzinsen. Deshalb auch das Bemühen nach wirtschaftlicher Konvergenz im Euroraum. Nun haben aber nicht nur die Beispiele des vorigen Absatzes gezeigt, dass eine Währung gleichzeitig in ganz unterschiedlichen Regionen und unter entsprechend abweichenden Rahmenbedingungen ihre Funktion erfüllen kann. Hinzu kommt die geringe Bedeutung der Fremdkapitalkosten innerhalb der Kostenstruktur von Unternehmen. Beispielsweise machen die Fremdkapitalkosten bei den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes Deutschlands weniger als 1% des Bruttoproduktionswertes aus.¹⁹ So überrascht auch nicht ernsthaft, dass die aktuellen Bemühungen der EZB ins Leere laufen, über niedrige Zinskosten die Realinvestitionen anzuregen und so für mehr Inflation zu sorgen.²⁰ Da dieser geldpolitische Hebel nicht wirkt, verlieren auch die Überlegungen zur Vermeidung von Problemen aus einem einheitlichen Zins eines (optimalen) Währungsraumes ihre Relevanz. Geldpolitik wirkt über Kreditschöpfungsspielräume seitens der Geschäftsbanken, nicht via Finanzierungskosten bei Unternehmen. Ohne passende Rahmenbedingungen und Perspektiven für Realinvestitionen stimuliert eine expansive Geldpolitik deshalb nicht die Realwirtschaft, sondern schürt bloß die Gefahr einer Blasenbildung durch finanzspekulative Anlagen, wie die Erfahrungen mit der Geldpolitik – insbesondere der USA - seit Beginn der 90er belegen. Sie erweist sich damit als äußerst ambivalentes Instrument zur Ankurbelung der Wirtschaft, sofern die schädlichen Nebenwirkungen (Dotcom- und Hypothekenverbriefungsblasen, Staatsschuldenkrisen) die positiven deutlich überwiegen.

Angesichts des fehlenden währungstheoretischen Arguments für eine wirtschaftspolitische Harmonisierungsinstanz innerhalb Eurozone überrascht es auch nicht, dass die Regierungen Deutschlands und Frankreichs die Einrichtung einer solchen Wirtschaftsregierung der Eurozone aus exakt konträren Motiven betreiben. Während Schäuble auf diesem Wege künftigem Unterstützungs- bzw. Transferbedarf wie aktuell für Griechenland vorbeugen möchte, zielt die französische Regierung (wie auch deren Interessenvertreter aus Kreisen der EZB) gerade darauf ab, mittels dieses Integrationsinstruments länderübergreifende Transfers zur Normalität werden zu lassen und sie institutionell zu verankern.²¹

Hier offenbart sich ganz deutlich ein allgemeines Manko des europäischen Einigungsprozesses. Überzogene Integrationsaktivitäten (wie etwa einer unbedachten Erweiterung des Euroraumes um Griechenland) sorgen für Probleme, zu deren Lösung anschließend nach einer weiteren Vertiefung gerufen wird, ohne vorab zu zeigen, dass dadurch wirklich eine Verbesserung der Lage zu erreichen ist. Stattdessen wird mit „Wegwischargumenten“ wie Merkels Alternativlosigkeit oder Panikmache wie die Rede von einem drohenden Untergang der gesamten Eurozone oder gar der EU durch den

¹⁹ Dieser geringe Wert besteht nicht erst seit der Niedrigzinspolitik der EZB sondern auch in historischer Perspektive (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.3). Es liegt auf der Hand, dass eine Veränderung dieses „Kostenblocks“ um einige Basispunkte - und mehr ist nicht möglich - durch geldpolitische Maßnahmen praktisch ohne Einfluss auf Investitionsentscheidungen bleibt, weil das im Rauschen viel der viel größeren allgemeinen unternehmerischen Unsicherheiten untergehen muss.

²⁰ Entgegen keynesianischer und auch monetaristischer Modellvorstellungen wirkt Geldpolitik nicht über den Hebel der Zinskosten von Unternehmen (d. h. die Investitionsrendite muss mindestens dem Kreditzins entsprechen), sondern über den der Bewertung der Bankaktiva und der resultierenden Wirkung auf das Eigenkapital bzw. die Liquidität der Banken. Eine Zinssenkung erhöht den Kurswert der festverzinslichen Bankaktiva und weitet damit deren Kreditschaffungsspielräume aus; vgl. Stützel, W.: Banken, Kapital und Kredit in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Neumark, F., Hrsg. (1964): Strukturwandel einer wachsenden Wirtschaft, Berlin. Stützel bezieht sich dabei in empirischer Hinsicht auf den Radcliffe Report, demzufolge Realinvestitionsprojekte erst umgesetzt werden, wenn die erwarteten Renditen in der Größenordnung von mindestens 40% liegen. Das bewegt sich weit jenseits des Möglichkeiten des keynesianischen „Wirkungshebels“.

²¹ Vgl. FAZ vom 1.9.2015: Frankreich will Währungsunion mit Finanzausgleich; FAZ vom 29.8.2015: Skepsis gegenüber dem EZB-Vorstoß; Die Welt vom 1.9.2015: Warnung vor Frankreichs Plan einer Transferunion. Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit die Steuerpflichtigen anderer Länder zu Transferzahlungen gezwungen werden sollen, die eigene Bevölkerung aber, die ja von diesen Geldern profitiert, selbstverständlich von einem Eigenbeitrag - etwa durch Zeichnen von Zwangsanleihen (Aktivtausch) - verschont bleiben soll.

Wirtschaftsminister Frankreichs²² einem blinden Vorwärtstürmen das Wort geredet. Diese zur Überwindung kognitiver Dissonanz nicht untypischen Verhaltensmuster²³ sind psychologisch gut nachvollziehbar, als Basis solider Politik sind sie untauglich. Denn aller Selbstbestätigungsversuche der „Euro-Retter“ zum Trotz brachte nicht zuletzt die Griechenlandmalaise unmissverständlich zutage, dass innerhalb der Euroländer über grundlegende Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik kein Konsens besteht. Griechenland stand keineswegs allein. Nur durch ungeniertes Taktieren hat es sich die offene Unterstützung der anderen Mittelmeerländer (insbesondere die Italiens und Frankreichs) verspielt. Wie sollte sich ein derartiger Riss durch die Eurozone mittels eines „europäischen Wirtschaftsregierung“ kitten lassen? Wird sich eine derartige Institution nicht zwangsläufig dem Vorwurf der ungerechtfertigten Einmischung oder der Ausplünderung ausgesetzt sehen, je nachdem ob sie Sparsamkeit oder Transfers abverlangt? Darüber, wie so etwas funktionieren könnte, schweigen sich die Befürworter tunlichst aus. Da diese Politik aber auf bloßem Hoffen basiert (gegen alle Erfahrung), lässt sie sich als verantwortungslos bezeichnen. Nachhaltig kann der Integrationsprozess nur gelingen, wenn er nicht von vermeintlich weitsichtigen Eliten zum Allheilmittel und damit letztlich zum Selbstzweck gemacht, sondern zu einem politischen Aufgabenfeld gleichsam zurückgestuft wird, in dem die eigentlichen Integrationsziele (Frieden und Wohlstand in Freiheit bzw. regionaler Selbstbestimmung) entsprechend des Willens der Wähler wieder zum Maßstab des Handelns werden. Engagement für „Europa“ entbindet die Politik nicht von der Pflicht, neben (möglichen) Erträgen auch die Kosten einer Maßnahme in den Blick zu nehmen.

Aus der Verbindung des Wunsches nach europäischer Einigung mit der fatalen Gleichsetzung von Integration mit Vereinheitlichung und Zentralisierung folgt unweigerlich ein Zwang zum Voranschreiten auf dem oben beschriebenen Irrweg. Begegnen dabei Schwierigkeiten, bleibt als einzige Diagnose ein Mangel an Vereinheitlichung/Zentralisierung („Wir brauchen mehr Europa“). Dass in Teilbereichen möglicherweise übers Ziel hinausgeschossen wurde, scheidet, weil dem geltenden Dogma widersprechend, als Erklärungsalternative aus. Entsprechende Lösungsansätze kommen gar nicht erst in den Blick. Der erreichte Integrationsstatus gilt folglich als unantastbar, entsprechende politische Entscheidungen werden als unumkehrbar zementiert. Die Konsequenzen dieser Gesamtentwicklung lassen sich anhand der griechischen Euro-Krise gut illustrieren. Dabei geht es nicht nur um die negativen ökonomischen, sondern auch um die gefährlichen Auswirkungen dieser Integrationsstrategie auf den ökonomischen und politischen Zusammenhalt der EU.

III. Die negativen Folgen des Dogmas der Notwendigkeit einer unumkehrbaren Zentralisierung am Beispiel der Griechenland-Krise

1. Ungleichbehandlung von Mitgliedern

Die Griechenlandpolitik verletzt das wichtige Prinzip der Gleichbehandlung aller EU-Mitglieder. Die „Rettung“ Griechenlands stand im Zeichen einer systematischen Ungleichbehandlung der Krisenländer. Im Gegensatz zu Irland, Portugal und Spanien, die in der Finanzkrise in den vergangenen Jahren die Auflagen der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) erfüllt haben, wurde Griechenland gegenüber großzügige Kompromissbereitschaft und Geduld gezeigt. Irland, dessen Finanzkrise schon 2006 vor den Hilfspaketen begann, senkte gar eigenständig die Löhne im Staatssektor und in der Privatwirtschaft, was das Land wieder wettbewerbsfähig machte.²⁴

Solidarität mit einem Griechenland, das Euro-Regeln gebrochen hat und dessen Verhalten von Erpressungsversuchen begleitet war, stehen Länder gegenüber die die Auflagen rasch erfüllt haben. Damit wurde ein System der Ungleichbehandlung etabliert, das sich nur negativ auf die

²² Vgl. SZ vom 31.8.2015: „Wollen wir die Totengräber sein?“

²³ Zur Überwindung der Dissonanz zwischen Einstellungen/Wünschen und Erfahrung/Realität werden konsonante Kognitionen kreiert, indem man sich den eingeschlagenen Weg als den einzig richtigen bzw. möglichen einredet; vgl. Strohnert, H. (2006): Kommunikation. Kognitive Grundlagen und praktische Anwendungen, S. 55 f.

²⁴ Vgl. Sinn, H.-W. (2015) : Die griechische Tragödie, ifo Schnelldienst, 29. Mai, S. 11.

innereuropäische Solidarität auswirken kann. Was würde geschehen, wenn eines der (ehemaligen) Krisenländer – oder ein anderes - erneut in Schwierigkeiten käme? Portugal ist aufgrund seiner hohen Schuldenquote ein solcher Kandidat.²⁵ Was könnte verhindern, dass sie Griechenlands Krisenstrategie folgen? Auf jeden Fall würde die innereuropäische Solidarität Schaden leiden und die vorhandene Euro-Architektur wäre in einer noch ernsteren Krise als heute mit dem „Fall Griechenland“.

2. Überschätzung des Euro für das Funktionieren des Binnenmarkts

Der Binnenmarkt ist das zentrale, funktionierende Projekt in der EU. Mit dem Euro als Einheitswährung sollten zwei Ziele gleichzeitig erreicht werden: Die stärkere Konvergenz der Mitgliedsstaaten und eine Stärkung des Binnenmarkts. Es wird oft übersehen, dass beide Ziele nicht erreicht wurden.

Tatsächlich hat das bereits existierende Transfersystem innerhalb der EU die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften – trotz erheblicher Transferleistungen – auch in Kombination mit der Einführung des Euro nicht angeglichen, vielmehr hat sie sich im Nord-Süd-Verhältnis deutlich vergrößert.²⁶ Damit wurde ein zentrales, ökonomisches Ziel der Einführung des Transfersystems als auch des Euro verfehlt. Auch der Binnenmarkt wurde nicht gestärkt: Die Verflechtung der Märkte hat sich im Euro-Raum nicht erhöht, im Gegenteil, das Binnenmarktprojekt mit allen Mitgliedsstaaten funktioniert, auch ohne Mitgliedschaft im Euro.²⁷ Diese Entwicklungen sind deutliche Hinweise, dass der eingeschlagene Zentralisierungsweg nicht zum Ziel führt und ein gleichwohliges Beharren sich nur dadurch erklären lässt, dass Zentralisierung zum Selbstzweck geworden ist.

Was Griechenland betrifft, wurde an der Politik einer „ever closer union“ festgehalten, obwohl das Land auch nach einem Ausstieg aus dem Euro in der EU verbliebe und weiterhin die Möglichkeiten des Binnenmarkts nutzen könnte. Ebenso bliebe der Zugang zum Transfersystem der EU (vor allem Struktur- und Kohäsionsfonds der EU, aber auch Agrarhilfen) erhalten. Schweden und das Vereinigte Königreich sind Beispiele dafür, dass man als Nicht-Euroland keine besonderen Nachteile für die eigene Wirtschaft in Kauf nehmen muss. Im Gegenteil, die Volkswirtschaften außerhalb der Euro-Zone haben sich wirtschaftlich besser entwickelt als innerhalb (s. Graphik)! Aus wirtschafts- und währungspolitischer Sicht ist damit das Konzept des Euro als Integrationsmotor insgesamt in Frage zu stellen.²⁸

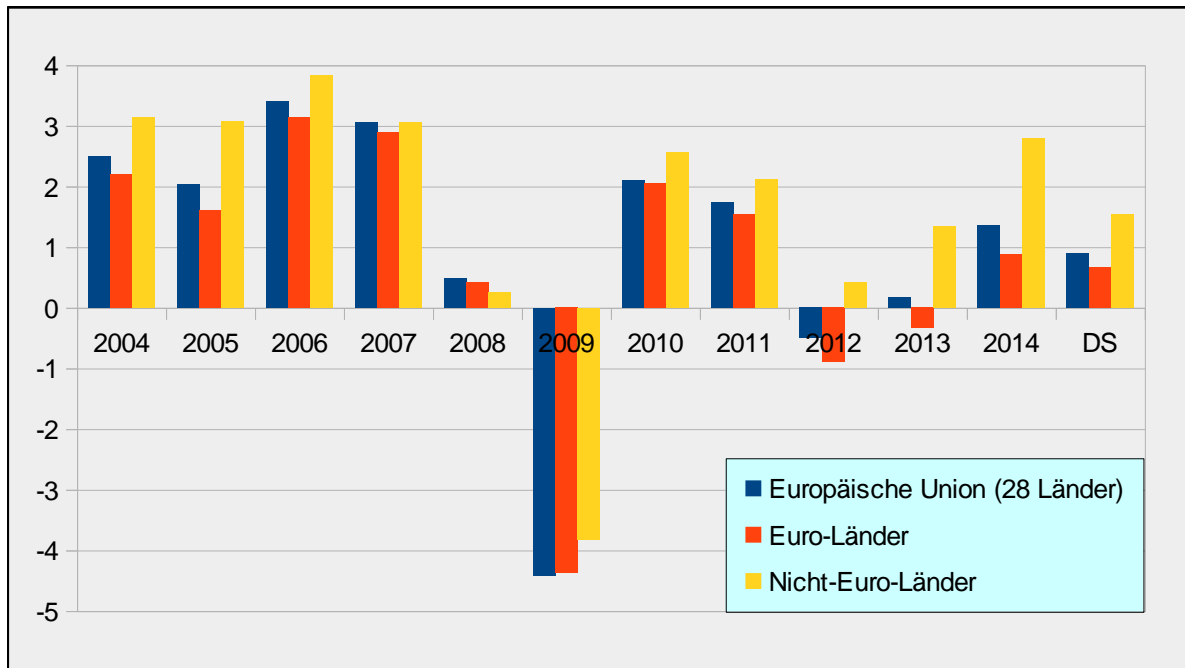
²⁵ Die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stieg in Portugal von 111,08 % im Jahr 2011 auf 129,68% im Jahr 2013. 2014 betrug sie 130,18% (siehe <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167464/umfrage/staatsverschuldung-von-portugal-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>, Zugriff am 2.11.2015).

²⁶ Vgl. Hishow, O. N. (2014): Divergenz statt Konvergenz in der Wirtschafts- und Währungsunion, SWP-Studie, Berlin, April, S. 5f.

²⁷ Ohr, R., König, J. (2012): EU-Binnenmarktintegration im Lichte des EU-Integrationsindex, in: Wirtschaftsdienst, 92, S. 795 – 800.

²⁸ Besonders „pikant“: Im Sozial- und Beschäftigungsbericht 2012 der EU wird deutlich, dass die Lage innerhalb der Eurozone deutlich schlechter ist als außerhalb; bgl. Employment and Social Developments in Europe 2012, European Commission, Brüssel, November 2012.

Wachstum des realen BIP in %



Anmerkungen: Euro-Länder: Stand 2004 (Gründungsmitglieder plus Griechenland);
 Nicht-Euro-Länder: alle EU-Mitglieder Stand 2004, die nicht zum Euro-Raum zählten;
 DS = Durchschnitt der Periode 2004-2014.
 Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

3. Verschärfung der politischen Konflikte

Das Festhalten am „Erreichten“ und die damit einhergehende Tabuisierung der Exit-Option eröffnete der griechischen Regierung die Möglichkeit, die eigenen Probleme zu denen der übrigen Euroländer zu machen. Davon machte sie entschieden Gebrauch und startete eine Schuldzuweisungskampagne, die vor allem Deutschland in den Mittelpunkt rückte und bei der die Bundesregierung kaum solidarische Unterstützung von europäischen Partnern erhielt - die griechische Vorwürfe wurden teilweise mehr oder weniger stillschweigend unterstützt. Die Forderung der Bundesregierung, existierende Regeln einzuhalten, wurde dabei als eine unzumutbare Hegemonialpolitik gebrandmarkt - die Bundesregierung wurde gar teilweise mit dem Nazireich in Verbindung gebracht und – angebliche – alte Reparationsschulden eingefordert. Diese Erscheinungen sind umso problematischer, als die Währungsunion als ein Politikfeld intendiert war, das die Vormachtstellung gerade Deutschlands verhindern und ein Zusammenwachsen der EU fördern sollte. Die Integration Deutschlands in die Euro-Zone verringerte somit nicht die Wahrnehmung einer deutschen Vormachtstellung, sie förderte sie sogar und generierte scharfe politische Auseinandersetzungen.

Tatsächlich erinnert die aktuelle Situation an die ECU-Zeit der 90er Jahre mit den Klagen der Südländer über die Austeritätspolitik der Bundesbank. Jetzt kommt als zusätzlicher negativer Aspekt ein Anspruchsdenken gegenüber Partnern im Euro-Raum auf Transferleistungen hinzu, was Anlass für zusätzliche Konflikte bietet. So weigerte sich z. B. die Slowakei, sich an den Hilfspaketen zu beteiligen, und Irland und Portugal fielen als Geldgeber aus, weil sie selbst in Schwierigkeiten steckten. Frankreich unterstützte nicht nur die griechische Regierung bei der Formulierung ihres Vorschlags an die Euro-Gruppe, es gab auch politische Signale, die belegen, dass die Position der französischen Regierung der griechischen näher steht als der deutschen. Der Integrationsprozess Euro hat im Zeichen der Griechenland-Krise die Mitgliedsstaaten somit nicht zusammengebracht, sondern

auseinanderdividiert. Selbst die deutsch-französische Partnerschaft hat Schaden genommen.²⁹ All diese Belastungen wirken sich nicht zuletzt auch negativ auf die politische Unterstützung in den Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten aus.

4. Legitimationsverlust

Was die Einstellung der Bevölkerung wichtiger Mitgliedsstaaten gegenüber den europäischen Entscheidungsprozessen betrifft, hat sich in vielen Mitgliedsstaaten die Kritik an der Art und Weise, wie europäische Integration vorangetrieben wird, verstärkt. Dies zeigt sich sowohl am Erfolg europakritischer Parteien als auch in Meinungsumfragen.³⁰ Es ist eine abnehmende Bereitschaft festzustellen, das System massiver Transferleistungen zu unterstützen.³¹ In einer Allensbacher Meinungsumfrage wird deutlich, dass viele Bürger in Deutschland aus diesem Grund eine Kompetenzverlagerung von Brüssel in die Hauptstädte fordern.³² Die mit der Zentralisierung Europas unweigerlich einhergehenden Überfremdungserfahrungen sind auch ein wesentlicher Grund für den Aufstieg nationalistischer, europakritischer Parteien. In der Europawahl 2014 erreichten entsprechende Bewegungen und Parteien in Dänemark, Großbritannien, Österreich und Frankreich Rekordergebnisse.³³ Im Vereinigten Königreich äußerten sich im Sommer 2015 gar 51% der Befragten zugunsten eines Austritts aus der EU.³⁴

Darüber hinaus wird in der Regel übersehen, dass der Schwerpunkt des demokratischen Prozesses in den Mitgliedsstaaten und nicht in Brüssel oder Straßburg liegt. Dies gilt insbesondere in Fragen der Finanz- und Steuerbelastung, die auf nationaler Ebene legitimiert werden müssen. Solange sich dies nicht ändert, brauchen die nationalen Regierungen einen politischen Handlungsspielraum, um sich den Wählern als wichtige Träger der politischen Macht darstellen zu können.³⁵ Die These lautet: Je geringer der Handlungsspielraum der nationalen Regierungen wird, desto geringer wird die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien, die diesen Prozess tragen. Auch dieser Prozess beeinträchtigt die Legitimation und Unterstützung der EU solange, wie sich der Schwerpunkt des öffentlichen politischen Prozesses nicht von der nationalen auf die Ebene der EU verlagert hat. Entsprechend bedarf es entweder einer Politisierung von EU-Entscheidungen³⁶ oder den Stopp von Zentralisierung bzw. die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die unteren Ebenen.

²⁹ Vgl. auch Streek, W. (2015): Warum der Euro Europa spaltet anstatt zu einigen, in: Leviathan 3/2015, S. 365-386.

³⁰ Vgl. Uken, M. (2013): Europa leidet an sich selbst. Die Europäische Union verliert dramatisch an Zustimmung, zeigt eine Umfrage. Doch ein genauer Blick offenbart noch viel Interessanteres, in: Zeit-Online, 14.5.2013 (Zugriff am 3.11.2015).

³¹ So denkt Europa über Europa, in: Bild, 6.4.2014 (Zugriff am 8.11.2015). In der Umfrage wurde in sechs Ländern der EU (Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Dänemark, Schweden und Finnland) gefragt, ob sie die Zukunft der EU optimistisch oder pessimistisch sehen. In allen Ländern war die Zahl der Pessimisten größer als die der Optimisten. Der Eurobarometer zeigt zwar immer wieder ein positives Bild. Seine Aussagen müssen jedoch aufgrund des Auftragsgebers (EU-Kommission) und methodischer Schwächen, die die Interessen der Kommission stützen, beiseitegelassen werden (zur entsprechenden Kritik siehe: Martik Höpner und Bjan Jurcyk: Kritik des Eurobarometers. Über die Verwischung der Grenze zwischen seriöser Demoskopie und interessengeleiteter Propaganda, in: Leviathan, 3/2012, S. 326-349).

³² Vgl. Bruttel, O. (2014): Europäische Integration und Krise in der Eurozone: Akzeptanz und Ablehnung der EU in Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien, in: Integration (Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik (IEP), Nr. 3/2014, S. 275-290.

³³ Für eine kritische Analyse dieser Entwicklung siehe Hillebrand, E., Hg. (2015): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn 2015.

³⁴ Vgl. Mehrheit der Briten für EU-Austritt, Zeit-online, 6.9.2015 (<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-09/brexit-david-cameron-grossbritannien-eu-austritt>; Zugriff am 2.11.2015).

³⁵ Zu den strukturellen Problemen der Etablierung einer supranationalen Demokratie auf europäischer Ebene siehe Scharpf, F.W. (2015): Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa, in: Leviathan 1/2015, S. 11-28.

³⁶ Vgl. Grimm, D. (2015): Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union, in: Leviathan, 3/2015, S. 337.

Die gegenwärtige Europolitik untergräbt gerade im Falle Griechenlands durch die großen finanziellen Risiken für die Staatshaushalte diesen Spielraum, was zumindest Euro-Staaten, die zu einer konservativen Geldpolitik wie Deutschland neigen, in einen latenten Gegensatz zu den Europäischen Institutionen, vor allem EZB und EU-Kommission bringt.

Nicht zuletzt veranlasste die dogmatische Fixierung auf Integration als ständig fortschreitenden Zentralisierungsprozess die politischen Eliten, sich im Zuge der Griechenlandkrise mit entwaffnender Selbstverständlichkeit über Versprechen und sogar rechtliche Normen hinwegsetzen, um „Europa zu retten“. Derartiges Verhalten unterminiert nicht nur unweigerlich das Vertrauen der Bürger in eine demokratisch-rechtsstaatliche Fundierung des Integrationsprozesses. Der Ruf der politischen Institutionen insgesamt nimmt Schaden, wenn sich die Akteure das Recht, sich über geltende Vereinbarungen hinwegsetzen zu dürfen, scheinbar selbst ausstellen dürfen.

5. Mangelnde Flexibilität aufgrund der Verweigerung der Exit-Option

Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone ein Fehler war.³⁷ Griechenland hat die Mitgliedschaft mit falschen Angaben erschlichen und die griechische Verschuldungskrise wurde wesentlich davon gespeist, dass Griechenland Mitglied der Euro-Zone wurde.³⁸ Die Weigerung, dies zu korrigieren, weist auf ein Strukturproblem der herrschenden Integrationsphilosophie hin. Wenn die EU Fehler im Integrationsprozess nicht korrigieren will und jeder Schritt für sakrosankt erklärt wird, gerät sie in gefährliches Fahrwasser: Jede Organisation ohne die Möglichkeit zur Fehlerkorrektur verliert an nötiger Flexibilität und wird auf eine systematische Weise krisenanfällig. Albert O. Hirschman hat in seiner viel beachteten organisationssoziologischen Studie über die zwei Mechanismen von Organisationen, auf Leistungsdefizite zu reagieren, „Exit“ and „Voice“, geschlussfolgert, dass diejenigen Organisationen, die sich nur auf eine der beiden Mechanismen verlassen „need an occasional injection of the other“. Der Ausstieg Griechenlands wäre ein solcher Schritt. Mit einer Entweder-oder-Strategie wird die politische Flexibilität aufgegeben und damit die Gestaltungsmöglichkeiten stark reduziert.

Entsprechend eröffnete der seitens der Gläubiger Griechenlands explizit gemachte Verzicht auf die Ausstiegsoption der Regierung Griechenlands die Möglichkeit, die EU bzw. die Europartner zu erpressen. Dem Geist ihrer Integrationsansatzes folgend, hatten sie somit ihre eigene Verhandlungsposition stark geschwächt, was jeder Verhandlungsführer eigentlich verhindern muss. Das griechische Einlenken auf den Vorschlag der Europartner konnte letztlich nur erreicht werden, weil der deutsche Finanzminister die Exit-Option dann doch ins Spiel brachte. Die getroffene Einigung sieht zwar einerseits weitgehende Sparmaßnahmen Griechenlands im Sinne der Euro-Gruppe vor, schiebt jedoch andererseits das Problem der zweifelhaften Kreditwürdigkeit des Landes durch riesige Finanzzuschüsse und Verlängerung der Laufzeiten der Kredite nur in die Zukunft.

Für die Verfechter des Unumkehrbarkeitsarguments stand eigentlich nicht primär die Krisenbewältigung im Vordergrund, sondern der Versuch, die Krise für weitere Integrationsschritte zu nutzen, was den Entscheidungsspielraum weiter verengte. Ein Beispiel ist das sogenannte 5-Präsidenten-Papier, das bereits in einer ersten Stufe von drei u.a. vorsieht, die relevanten Teile der Euro-Verträge und –Vereinbarungen in den EU-Rechtsrahmen zu überführen, neue Investitionsprogramme ins Auge fasst sowie einen neuen beratenden Finanzausschuss vorsieht. Ziel ist es eine „Konvergenz“ im Euro-Raum zu erreichen, die gerade im Falle Griechenlands trotz massiver Finanztransfers gescheitert ist.³⁹ Zwar sieht die Vereinbarung mit Griechenland Schritte vor, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern sollen, doch sie werden von einem neuen Hilfspaket in Höhe von insgesamt 86 Milliarden Euro teuer erkaufte. Auch ist die politische Lage in Athen mit der

³⁷ Diese Ansicht vertreten z. B. die ehemaligen Finanzminister Theo Waigel, Peer Steinbrück und Hans Eichel.

³⁸ Generell zur Verlockung niedriger Zinsen als Krisenursache in einer ganzen Reihe von Ländern siehe Sinn, H.-W. (2012): Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München, S. 83 bis 90.

³⁹ Das erste Hilfspaket für Griechenland hatte den gigantischen Umfang von 325 Mrd. Euro (die Kommission hatte ursprünglich 100 Mrd. geschätzt). Doch von 2010 bis 2015 stieg die Arbeitslosenquote von 11 auf 26%, das Bruttoinlandsprodukt sank von 2008 bis 2015 um 27 %; vgl. Sinn, H.-W.: Die griechische Tragödie, ifo Schnelldienst, 29. Mai 2015, S. 9.

Fortsetzung der Links-Rechts-Koalition äußerst schwierig, weshalb eine Umsetzung der Regelungen der Vereinbarung wenig wahrscheinlich scheint.⁴⁰

IV. Schluss

Die bisherigen Überlegungen ergaben, dass der aktuelle Stand der europäischen Integration über das rein sachlich-ökonomisch für einen Binnenmarkt bzw. großen Währungsraum erforderliche weit hinausgeht. Dabei werden mögliche Vorteile aus Vereinheitlichungen nicht grundsätzlich bestritten. Es geht vielmehr um die Klarstellung, dass neben diesen Vorteilen erhebliche Nachteile bzw. Kosten auch auf politischem Gebiet erwachsen, die in der aktuellen Politik unberücksichtigt bleiben. Verstärkt wird dieses Problem durch einen öffentlichen Druck, der eine gute europäische Gesinnung mit dem Einsatz für politisch-ökonomische Gleichschaltung identifiziert und Kritik daran entsprechend als antieuropäisch diffamiert. Die skizzierten innereuropäischen Spannungen und Differenzen erscheinen vor diesem Hintergrund ebenso wie die unter den Bürgern verbreitete EU-Müdigkeit bis hin zum Aufkommen explizit europakritisch fokussierter Parteien als klare Indikatoren dafür, dass mittlerweile die Nachteile der Integrationspolitik überhand nehmen und als planwirtschaftlich-bürokratische Überfremdung empfunden werden. Maßlosigkeit und Überdehnung tragen nach aller Erfahrung den Keim des Scheiterns in sich. Entgegen der landläufigen Meinung, dass mehr Zentralisierung die machtpolitische Position der EU im Internationalen System stärkt, muss man sogar annehmen, dass sie sie durch die dadurch entstehenden „innenpolitischen“ Spannungen und Probleme schwächt.

Eine wesentliche Ursache für diese Problematik besteht darin, dass die europäische Integration einer Fehlkonstruktion institutioneller Art unterliegt. Naturgemäß überwiegen auf oberster Ebene (Brüssel) die Argumente zugunsten einer Vereinheitlichung (begünstigt durch eine realitätsferne ökonomische Theorie), weil die spezifischen Verhältnisse der niederen Ebenen ja unbekannt sind und entsprechend die Kosten ihrer Vernachlässigung gar nicht in den Blick geraten. Deshalb sollte der obersten Ebene das Initiativrecht für Harmonisierungsaktivitäten genommen werden. Dies wäre besser auf nationaler Ebene zu verankern, wobei Vereinheitlichungsregeln selbstredend nur für diejenigen gelten, die sie in Verantwortung vor ihren Wählern explizit befürworten. Die Möglichkeit zu späterem Bei- aber auch Austritt wäre zu gewähren. Der Prozess der europäischen Einigung erhielte so die nötige Fähigkeit zur Fehlerkorrektur.⁴¹ Was sich bewährt, kann so wachsen, Fehlentwicklungen lassen sich korrigieren, der Wähler sieht klare Zuständigkeiten als Grundlage für seine Wahlentscheidung.⁴²

Eine Stärkung der Verantwortlichkeiten auf unterer Ebene reduziert auch den aktuellen Misstand, bei Schwierigkeiten unverzüglich nach europäischer Solidarität zu rufen, bevor die eigenen Möglichkeiten überhaupt ausgeschöpft sind.⁴³ Eine Institutionalisierung großzügiger Hilfspflichten

⁴⁰ Vgl. Hilfspaket beschlossen – und was nun?, FAZ, 15.8.2015.

⁴¹ Dazu gehören auch verbindliche Regelungen zur Staatsinsolvenz sowie zum Austritt oder Ausschluss aus (Teilbereichen) der Union.

⁴² Wir sehen nicht die Möglichkeit den weiteren Zentralisierungsprozess – insbesondere im Währungsbereich – durch die Etablierung einer „Europäischen Demokratie“ zu legitimieren. Im Unterschied zu F.W. Scharpf, stützen wir uns nicht nur auf demokratietheoretische Überlegungen, sondern auch auf eine ökonomisch-politische Theorie, die von der Existenz UND Legitimität differenzierter Interessenlagen ausgeht. Die Versuche der Kommission, die Entscheidungsprozesse partizipativer zu gestalten, stoßen, wie Beate Kohler-Koch herausgearbeitet hat, auf sehr enge Grenzen; vgl. Kohler-Koch, B. (2008): Does Participatory Governance Hold its Promises, in: Kohler-Koch, B., Larat, F., Hrsg.: Efficient Democratic Governance in the European Union, Connex Report Series Nr. 9, S.- 265-296.

⁴³ Die Staatskrise Griechenlands wäre durchaus hinreichender Anlass, die Finanzierungsprobleme der Regierung durch Ausgabe von Zwangsanleihen anzugehen. Allein die im Laufe der Krise vom Privatsektor ins Ausland verschobenen Milliardenbeträge belegen, dass in Griechenland dafür durchaus verfügbares Vermögen bestand. Der europäische Geist verpflichtete stattdessen die Steuerzahler der übrigen Euroländer zu finanzieller Unterstützung – man sollte realistischer von Geschenken sprechen! - an ein Land, dessen eigene Bürger sich einem Beitrag zur Problemlösung per Kapitalflucht entziehen.

innerhalb der EU stellte mit Sicherheit den kürzesten Weg in eine organisierte Verantwortungslosigkeit dar,⁴⁴ einer auf Nachhaltigkeit angelegten Politik wird der Boden entzogen. Nicht zuletzt überwindet man durch den konsequenten Verweis auf Eigenverantwortlichkeit den aktuell wirkmächtigen Reflex, in einer Vertiefung der Union die einzige Lösungsmöglichkeit aller europäischen Probleme zu suchen. Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Überlegungen des deutschen Finanzministers zur Beschränkung der Aufgaben der EU-Kommission im Sinne einer Hüterin der Verträge ebenso sinnvoll wie die Vorschläge der niederländischen Regierung zur Verschlankung der Brüsseler Kompetenzen.⁴⁵

Diese Vorschläge könnten einen Prozess in Gang setzen, der sich vom aktuellen Ansatz zentralplanerischer Vereinheitlichung zugunsten einer nicht nur demokratisch besser legitimierten Alternative, sondern einer, die obendrein Freiheiten und Raum für einen Wettbewerb der Systeme erlaubt, löst. Von einem solchen Kurs hat Europa in seiner Geschichte immer profitiert. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik wird dann nicht mehr zum Anlass für Strafandrohungen,⁴⁶ sondern zur Imitation oder eben dem bewussten Verzicht auf mehr Wohlstand, weil „lokal“ andere Präferenzen überwiegen. Europäische Integration erfolgte dann nicht im zwanghaften Modus der Angst vor einem möglichen Zerfall,⁴⁷ sondern im Geiste der Erkenntnis, dass Zusammengehörendes nicht so leicht zerfällt und es umgekehrt dem Gedanken der Autonomie widerspricht, zusammenzuführen, was nicht zusammengehört. Ein Staatenverbund aus zueinander passenden Teilsystemen verspricht mehr wirtschaftliche Dynamik, inneren politischen Zusammenhalt und auch außenpolitische Stärke zu entwickeln als ein Verbund sich gegenseitig belastender und blockierender Mitglieder.

⁴⁴ Perfektioniert wurde dies in den gescheiterten Planwirtschaften des sowjetischen Einflussbereichs.

⁴⁵ Vgl. FAZ vom 30.7.2015: Schäuble will EU-Kommission entmachten. Ähnlich kritisiert Eurogruppenchef Dijsselbloem das politische Selbstverständnis der Kommission und stellt deshalb zur Diskussion, der Kommission einen Teil ihrer Kompetenzen bezüglich der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten zu entziehen (Dijsselbloem zweifelt an Brüssel, in: FAZ, 6.11.2015).

⁴⁶ Vgl. Die Welt vom 3.2.2015: EU nimmt deutschen Exportüberschuss ins Visier.

⁴⁷ Die völlig reibungslose Auflösung der CSFR 1992 belegt, dass auch eine Beendigung eines gemeinsamen Währungsraumes keineswegs im Chaos enden muss. Im Falle des Euroraumes sollte deshalb hinsichtlich eines Grexit nicht so sehr vor drohender Instabilität für den verbleibenden Rest gewarnt als vielmehr auf den positiven Aspekt abgehoben werden, dass dadurch ein viel stärkerer Reformdruck auf die verbleibenden Länder ausgeübt wird, was angesichts der Schuldenquoten und fehlender Wettbewerbsfähigkeit dringend geboten scheint. Bei überzeugenden Reformanstrengungen sind spekulative Attacken nicht Erfolg versprechend und folglich auch nicht zu befürchten.